

Groitzsch lehnt Stolperstein für Jüdin Anna Reichardt an Wohnhaus ab

Der Verein Erich-Zeigner-Haus aus Leipzig schlägt Alarm. „Die Stadt Groitzsch lehnt einen Stolperstein für eine frühere jüdische Mitbürgerin ab“, kritisiert Geschäftsführer und 2. Vorsitzender Henry Lewkowitz. „Das ist die erste Absage einer Stolpersteinverlegung im Landkreis.“ Bürgermeister Maik Kunze (CDU) relativiert: „Wir können nur dem gewünschten Ort nicht zustimmen. An anderer Stelle ist das aber möglich.“

200 Stolpersteine in Leipzig und der Region

Lewkowitz sagt, dass es „mit der Unterstützung vom Erich-Zeigner-Haus bisher in Leipzig und zehn Städten im Umland mehr als 200 Stolpersteine“ gibt. Im Vorfeld laufe immer eine intensive Recherche der Schicksale. Wobei die Initiative meist vor Ort entstehe. Für Groitzsch haben Geschichtslehrerin Sylvia Haase und Schüler der damaligen Klasse 9 vom Wiprecht-Gymnasium angefragt. „Von uns angeleitet, beschäftigten sie sich seit Herbst 2018 mit der lokalen Geschichte, mit dem Holocaust vor der Haustür.“ Nach dem theoretischen Einstieg zum Umgang mit historischen Dokumenten suchten die Gymnasiasten selbst in Archiven, ermittelten Details zu einer Biografie.

Anna Reichardt wurde in Getto nach Polen verschleppt

„Wenn man dort etwas liest, ein konkretes Bild, einen Führerschein sieht, entsteht eine emotionale Beteiligung“, so Lewkowitz. „Das wirkt ganz anders als ein Sachbericht aus der zurückliegenden Zeit.“ Dabei ging es um Anna Reichardt. Die am 27. November 1878 geborene Jüdin hatte laut Deportationsliste in Groitzsch in der Leipziger Straße 28 gelebt und war 63-jährig am 10. Mai 1942 mit 1000 anderen Menschen ins jüdische Getto von Belżyce (Polen) verschleppt worden, wo sie aus ungeklärten Gründen ums Leben gekommen war.

Zur Recherche, so der Geschäftsführer, sollten noch ein Faltblatt entstehen und eine Spendensammlung für die Stolperstein-Verlegung erfolgen. „Doch die Stadt hat die Genehmigung nicht erteilt. Das nehmen wir mit Bestürzung zur Kenntnis“, sagt Henry Lewkowitz. Dabei sei der Verwaltungsausschuss von Groitzsch laut Bürgermeister offen für das Ansinnen gewesen. Dann aber gab es zwei Ablehnungen, trotz eines Klärungsgesprächs mit dem Stadtchef.

Hauseigentümer lehnte Verlegung des Steins ab

Die Stadträte des Ausschusses hatten sich geeinigt, die Genehmigung nur mit Zustimmung des Hauseigentümers zur Verlegung vor seinem Grundstück zu erteilen, entgegnet Maik Kunze. „Das ist auch in anderen Städten so üblich, etwa München, Villingen-Schwenningen und Krefeld.“ Die Besitzer müssen darauf vertrauen können, dass nicht ohne ihre Einwilligung Veränderungen vor oder an ihren Gebäuden erfolgen, soweit dies nicht aus verkehrsrechtlicher Sicht notwendig ist. Auf die Anfrage der Stadt gab es eben ein Nein. „Dann wollten die Schüler selbst das Gespräch suchen. Später erklärte Frau Haase, dass ein von den Schülern verfasster Brief unbeantwortet geblieben ist. Sie waren anscheinend nicht selbst dort.“ Zudem habe eine Zeitzeugin mitgeteilt, dass Reichardt wohl nicht bis zur Deportation in der „28“ gewohnt hatte, sondern eher in der „26“.

Überhaupt seien Stolpersteine selbst in der jüdischen Gemeinde umstritten. So ist, hat sich Kunze informiert, die ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden, Charlotte Knobloch, eine vehemente Gegnerin. Sie empfindet, sagte sie vor Jahren, als würden die Opfer von früher erneut mit Füßen getreten. Jedoch sind ihre Nachfolger Dieter Graumann und, aktuell, Josef Schuster Befürworter. Ein sprachliches Bild, wie es Knobloch verwendete, gibt es aber auch beim Dafür: „Wer lesen will, muss sich verbeugen.“

Das Argument mit dem Hauseigentümer will Henry Lewkowitz nicht gelten lassen. „Tatsächlich ist die formale Zustimmung der Eigentümer oder Mieter für die Ausstellung einer behördlichen Verlegungsgenehmigung jedoch überhaupt nicht nötig.“ Dass eine neue Hausnummer aufgetaucht ist, müsste selbstverständlich noch untersucht werden. „Das Projekt ist ja nicht beendet, nur gestoppt wegen der fehlenden Zusage.“

Lewkowitz verweist auf Bedeutung der Erinnerungskultur

Für ihn hat die Absage einen tieferen Grund. „Die Stadt Groitzsch zeigt deutlich eine fehlende Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit der Thematik und der Geschichte. Angesichts der essenziellen politischen Dimension der Gedenksteine kann hier folglich auch ein Ausdruck einer politischen Haltung beobachtet werden.“ Die Stadt müsse doch die Tragweite reflektieren, dass es um Erinnerungskultur geht und um einen bewussten Versuch, ein Zeichen gegen die Geschichtsklitterung der Rechten zu setzen. „Das Thema ist nach den schrecklichen Vorkommnissen in Halle wohl aktueller denn je“, so Lewkowitz.

Mit der Ablehnung handle CDU-Bürgermeister Kunze auch gegen erklärte Positionen der CDU. Sein Parteivorsitzender, Ministerpräsident Michael Kretschmer, hatte in einem ZDF-Interview gefordert: „keinen Platz lassen bei Rechtsextremisten, wirklich mit allem Engagement dagegen vorgehen, aber eben nicht nur Polizei, Justiz, Politik, sondern vor allen Dingen aus der Gesellschaft heraus. Unsere Demokratie muss aus der Mitte der Gesellschaft verteidigt werden“. Und eben solche Zivilcourage zeigen die Gymnasiasten mit ihrem Engagement, findet der Vereinsgeschäftsführer. Die Groitzscher Entscheidung sei deshalb „ein herbe Enttäuschung“ für sie.

„Mit der ersten Ablehnung einer Verlegung ist Groitzsch nun die einzige Stadt im Landkreis, die ein öffentliches Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus und die Verfolgung der jüdischen MitbürgerInnen nicht erlaubt, fasst Henry Lewkowitz zusammen.

Womit er laut Bürgermeister Kunze klar falsch liegt. „Zum einen ging es hier nicht um eine generelle Absage, sondern einen Einzelfall.“ Im Prinzip spreche nichts gegen eine Verlegung von Stolpersteinen im öffentlichen Raum, „wenn die Akzeptanz des Eigentümers da ist“. Es würde von Fall zu Fall entschieden.

Vor allem aber erinnere die Stadt schon lange an Anna Reichardt. „Am VVN-Denkmal in der Alwin-Schmidt-Straße, wo ihre Name mit genannt ist, legen wir jedes Jahr Blumen nieder.“ Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes hatte es um 1950 aufstellen lassen. Dort, so Kunze, könnte auch der Stolperstein seinen Platz finden. Zumal da die Stadt Pflege und Reinigung mit übernehmen könnte. Womöglich bliebe das sonst offen, wenn sich die Schüler anderen Projekten zuwenden.

Letzter freiwilliger Wohnort ist eigentlicher Sinn

Für Lewkowitz ist Letzteres nur ein vorgeschobener Grund. Und den Vorschlag kann er nur ablehnen. Der Sinn der Stolpersteine sei gerade, sie am letzten freiwilligen Wohnort zu platzieren: „Wenn Menschen durch die Straßen eines Ortes laufen, sollen sie über die Gedenktafeln gedanklich wie auch emotional ‚stolpern und so erneut auf die Schicksale der Opfer und der Verfolgten der nationalsozialistischen Diktatur aufmerksam werden.“

Quelle: Leipziger Volkszeitung, Ausgabe vom 25.10.2019

Online-Version: <https://www.lvz.de/Region/Borna/Groitzsch-lehnt-Stolperstein-fuer-Juedin-Anna-Reichardt-an-Wohnhaus-ab?fbclid=IwAR011m5-aw1gyZT-eBciDQdAGXizrSH4CRv-wDWaCLIU0KozWGAE9tWiVRY>